

Wie sozial ist der Klimaschutz?

Eine Analyse der EON-Stiftung stellt das Energiegeld in Frage.

Von Jasper von Altenbockum

Laut einer Untersuchung der EON-Stiftung ist der Klimaschutz zwar das dominierende Anliegen der deutschen Wählerschaft. Über konkrete politische Maßnahmen gehen die Meinungen aber „stark auseinander“, wie es in einer Auswertung einer langfristigen Befragung heißt. Große Unterschiede sind sowohl unter Berufs-, Alters- und sozialen Gruppen zu beobachten wie auch regional zwischen den 299 Wahlkreisen für die Bundestagswahl.

Grundlage der Umfrage sind Angaben aus einer seit April fortlaufenden Online-Befragung unter mehr als zehntausend Bürgern. Die Ergebnisse der Untersuchung beziehen sich auf den Zeitraum zwischen dem 26. Juli und dem 25. August. Das Marktforschungsunternehmen Civey lieferte laut der EON-Stiftung dafür nur die ungewichteten Rohdaten, um mögliche Verzerrungen durch Gewichtungsfaktoren auszuschließen. Den Teilnehmern der Befragung waren Multiple-Choice-Fragen vorgelegt worden, unter denen sie drei Antworten auswählen durften. Teil der Untersuchung war anschließend ein Abgleich mit Daten des Bundeswahlleiters, um die Antworten auf einzelne Wahlkreise beziehen zu können.

Wie in vielen anderen Umfragen ergab sich ein klares Bild über die Einschätzung wichtiger politischer Fragen („Welche dieser politischen Themen sind aus Ihrer Sicht momentan am wichtigsten?“): Im Juni sei das Thema „Klimawandel und Energiewende“ von 37 Prozent der Befragten als sehr wichtig eingestuft worden, heißt es in der Auswertung der Umfrage. Im Juli sei der Wert auf 44 Prozent, nach der Flutkatastrophe im August auf 49 Prozent der Befragten gestiegen. Es war demnach mit Abstand das Thema, das für das wichtigste gehalten wurde. Sechs Prozentpunkte dahinter lag „Bekämpfung und Vermeidung von Altersarmut“, wiederum drei Prozentpunkte dahinter „Bekämpfung der organisierten Kriminalität“.

Große Unterschiede ergaben sich innerhalb der Gruppe, die den Klimaschutz genannt hatten. Grünen-Wähler gaben zu 92 Prozent an, dass Klimaschutz für sie das wichtigste Thema sei. Im Durchschnitt der anderen Wähler ergab sich nur

eine Präferenz von 38 Prozent. Auffällig sind soziale, regionale und ökonomische Unterschiede: In Gegenden mit hoher Kaufkraft tendiert das Thema Klimaschutz überdurchschnittlich hoch, in Regionen mit niedriger Kaufkraft in die andere Richtung. Ähnlich klar ist der Unterschied zwischen Stadt und Land (siehe Grafik). Die Auswertung der Befragungen auf Ebene der Wahlkreise ergab entsprechend große Unterschiede. An der Spitze der Wahlkreise mit besonders hoher Gewichtung von Klimaschutz und Energiewende liegen die Universitätsstädte Münster (68 Prozent), Freiburg (65 Prozent) und Göttingen (64 Prozent). Als erster Großstadt-Wahlkreis taucht mit 63 Prozent auf Platz fünf Hamburg-Nord auf. Am anderen Ende liegen ländliche Gebiete, häufig in Ostdeutschland. In den Wahlkreisen Mansfeld, Suhl, Sächsische

Schweiz, Erzgebirgskreis I und Anhalt – den fünf Wahlkreisen mit den niedrigsten Werten für Klimaschutz und Energiewende – ist nur jeder Vierte oder Fünfte der Meinung, Klimaschutz sei das wichtigste Thema. Das täuscht darüber hinweg, dass auch im Westen in ländlichen Gebieten diese Tendenz zu beobachten ist.

Wie steht es um die Akzeptanz der Klimapolitik? Abgefragt wurden acht Maßnahmen: Ende des Verbrenner-Pkws, höhere CO₂-Preise, Tempolimit, Steuern auf Fleischkonsum, Förderung von Elektroautos, erleichterter Ausbau von Windkraft, Gebäude-Energieeffizienz und weniger Autoverkehr in Innenstädten. Jeder Fünfte sprach sich dafür aus, sämtliche dieser Maßnahmen in die Tat umzusetzen. Am meisten Widerstand weckt das Ende der Verbrenner-Pkws; 37 Prozent der Befragten fanden, dass dies „auf keinen Fall“

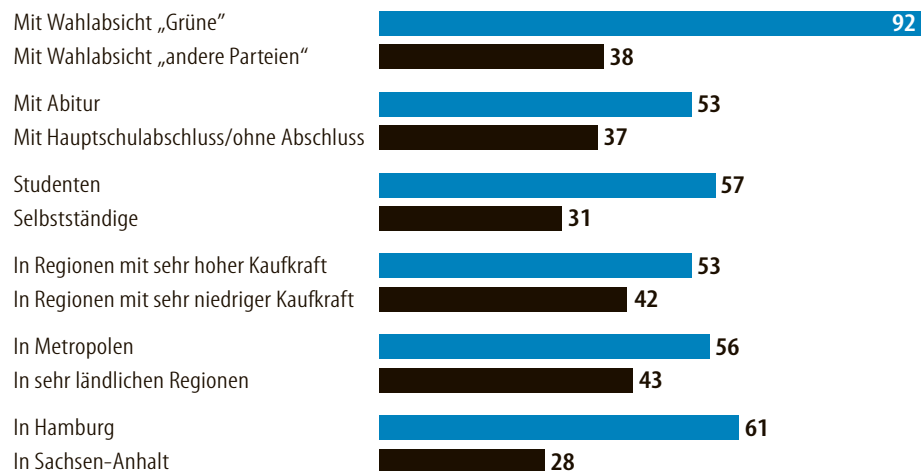
so kommen sollte, gefolgt vom höheren CO₂-Preis (35 Prozent), dem Tempolimit (25) und Steuern auf Fleischkonsum (23). Gegen den erleichterten Ausbau der Windkraftanlagen wandten sich in der Befragung nur 16 Prozent.

Anders sieht es damit aus, wenn die Wahlkreise zugrundegelegt werden: In ländlich geprägten Kreisen ist der Widerstand gegen das Ende des Verbrenners besonders hoch, in Städten wie Münster, Freiburg oder Hamburg besonders niedrig. Unterschiede korrelieren laut der Analyse der EON-Stiftung auch mit der Beschäftigungsstruktur: Wahlkreise mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor begrüßen alle Maßnahmen besonders auffällig; Wahlkreise mit vielen Beschäftigten in der Produktion dagegen sind skeptischer. Ähnliches gilt für demographische Faktoren: Wahlkreise mit hoher Abwanderung und älterer Bevölkerung sind von Klimaschutzmaßnahmen nicht so begeistert wie Kreise mit junger, zunehmender Bevölkerung.

Für die EON-Stiftung – eine Unternehmensstiftung des EON-Konzerns in Essen – ergibt sich aus der Umfrage, dass soziale Gerechtigkeit in der Klimapolitik eine regionale Gerechtigkeit ist. Nicht Einkommen oder Bildungsgrad seien entscheidend für die Haltung zu einem ambitionierten Klimaschutz, sagt Geschäftsführer Stephan Muschick der F.A.Z. „Vielmehr ist die sozioökonomische Situation vor Ort entscheidend. Je prosperierender eine Region, desto größer die Bereitschaft, Klimaschutz zu unterstützen.“ Ein pauschales Pro-Kopf-Klimageld zur Kompensation der Lasten, wie es mehrere Parteien in ihren Wahlprogrammen ankündigen, greife deshalb zu kurz. Notwendig seien gezielte Investitionen in die Wirtschaftskraft gerade in strukturschwachen Regionen. Das stehe im Einklang mit den Ergebnissen des „Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Energiewende“, das die Stiftung 2019 veröffentlichte. 73 Prozent der Befragten befürworteten darin ein klimafreundliches Verkehrssystem, 70 Prozent den Ausbau erneuerbarer Energien, aber nur 43 Prozent eine individuelle Rückerstattung der Einnahmen aus einer CO₂-Bepreisung.

Bedeutung von Klimawandel und Energiewende

Für wen ist das Thema „Klimawandel und Energiewende“ momentan eines der wichtigsten Themen? (in %)



Quelle: EON-Stiftung (rund 10 000 Befragte im Juli/August 2021)

F.A.Z.-Grafik Walter